



Chancen und Herausforderungen von E-Demokratie

Anhörung im Ausschuss für konstitutionelle Fragen (AFCO) zur Vorbereitung eines Initiativberichts des Europäischen Parlaments

Am 14.03.2016 veranstaltete der Ausschuss für konstitutionelle Fragen (AFCO) eine öffentliche Anhörung zum Thema „Chancen und Herausforderungen der E-Demokratie“. Hintergrund ist die geplante Erstellung eines Initiativberichts durch MdEP Ramon Jáuregui Atondo (S&D, Spanien). AFCO-Vorsitzende Danuta Hübner (EVP, Polen) führte durch die Anhörung, zu der u.a. Generaldirektor Roberto Viola (DG CNECT), Rafał Trzaskowski (ehemaliger polnischer Minister für Verwaltung und Digitalisierung) und Elena García Guitián (Universität Madrid) geladen waren.

E-Partizipation

Festgestellt wurde von allen Beteiligten, dass sich die repräsentative Demokratie in einer Legitimationskrise befindet und zwischen Politikern auf der einen und Bürgern auf der anderen Seite eine zunehmende Kluft entstehe. Digitale Technologien böten die Möglichkeit eines direkteren Austauschs und könnten die Teilhabe der Bürger vereinfachen, aber auch politische Entscheidungsprozesse transparenter machen. Voraussetzung für den Erfolg partizipatorischer Ansätze seien ein freier Zugang zu Informationen sowie die Medienkompetenz der Bürger. Gleichzeitig müsse den Belangen von Datenschutz und Meinungsfreiheit Rechnung getragen werden. Rafał Trzaskowski äußerte sich nach eigenen Erfahrungen in Polen skeptischer. Grundsätzlich sei E-Partizipation auf lokaler Ebene einfacher umzusetzen als auf nationaler. Ein transformativer Effekt sei noch nicht erkennbar, da sich zu große Teile der Bevölkerung trotz interaktiver Angebote weiterhin passiv verhielten. Ähnlich äußerte



Quelle: http://images04.asklubo.com/online-wahlen.jpg/article_top_legacy/189.442

sich García Guitián. Öffentliche Konsultationen sollten aber im Rechtsetzungsverfahren und in REFIT-Prozessen trotzdem eine Rolle spielen. MdEP Isabella Adinolfi (EFDD) brachte als weiteren Aspekt die Kandidatenaufstellung der Parteiendemokratie in die Diskussion ein. Da das althergebrachte Parteiensystem an Legitimität eingebüßt habe, sei im *MoVimento 5 Stelle* eine Online-Kandidatenauswahl durchgeführt worden, die eine direkte Einflussnahme ermöglichte. Zudem sei fraglich, ob top-down-Teilhabemechanismen die bessere Lösung seien als bottom-up-Partizipation.

Die Rolle der sozialen Medien als Kommunikationsplattform zwischen Bürgern und Politikern wurde ebenfalls ambivalent betrachtet. Sie böten zwar die Möglichkeit eines direkten interaktiven Diskurses und von Nähe zum Bürger. Problematisch wurde hier aber die Gefahr des Missbrauchs für Hetze und Desinformation erachtet. Einige Diskussionsteilnehmer berichteten von einer Flut oft hasserfüllter Nachrichten. Auch sei die Mentalität der Politiker noch dahingehend ausgeprägt, die sozialen Netzwerke nur als weitere Plattform zur Verbreitung ihrer Meinungen zu nutzen anstatt als echtes Kommunikationsmedium mit dem Bürger. Daher habe sich bisher nicht bestätigt, dass durch soziale Medien die repräsentative Demokratie gestärkt worden sei.

E-Voting

Ein Vertreter Estlands berichtete von den in seiner Heimat gemachten Erfahrungen mit Internetwahlen. Diese seien im Grunde nichts anderes als die elektronische Variante der Briefwahl. Triebfeder der Entwicklung waren eher technikaffine Computerspezialisten als die Politik selbst. Seit die ersten Online-Wahlen 2005 angeboten wurden, sei der Anteil der online Wählenden auf mittlerweile 30% gestiegen und bilde nunmehr auch den Durchschnittswähler ab. Gerade in ländlichen Regionen werde das Angebot stärker genutzt. Eingeholte Studien zur Sicherheit ließen keine Bedenken erkennen; das System arbeite mit einem digitalen Pass und einem getrennten

Die Landesvertretung Nordrhein-Westfalen in Brüssel informiert



System für Identifizierung und anonyme Stimmabgabe stelle immer eine Gefahr dar, das sei aber auch in anderen Kontexten der Fall. Andere Diskussionsteilnehmer zeigten sich hinsichtlich der Anonymisierung skeptischer und verwiesen auf technische Probleme und deren Instrumentalisierung zur Diskreditierung der Wahlergebnisse. Auch würden durch Online-Wahlangebote nicht unbedingt diejenigen erreicht, die sich grundsätzlich nicht an Wahlen beteiligen wollen.

Insgesamt wurde Handlungsbedarf sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene festgestellt. Digitale Technologien könnten einen Beitrag zu mehr Partizipation leisten, diese seien aber nur ein Baustein und zudem mit Risiken behaftet.

Mit der Erstellung des Initiativberichts wird in den nächsten Monaten gerechnet.

Weiterführende Informationen:

Aufzeichnung der Anhörung

<http://www.europarl.europa.eu/ep-live/de/committees/video?event=20160315-0900-COMMITTEE-AFCO>

Tagesordnung

<http://www.polcms.europarl.europa.eu/cmsdata/upload/076b042a-9573-4d1f-b20e-065aeb10362e/Draft%20agenda%204.pdf>

Kurz erklärt

E-Demokratie

Als eine Dimension des weiter gefassten Begriffs E-Government beschreibt E-Demokratie die Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien in demokratischen Prozessen. Verschiedene Formen wurden diskutiert oder bereits angewandt: Internetwahlen (E-Voting) bieten die Möglichkeit, seine Stimme bei Wahlen oder Abstimmungen über das Internet abzugeben. E-Partizipation erlaubt Bürgern über das Internet Einflussnahme, beispielsweise auf Planungsprozesse und Gesetzgebungserfahren im Rahmen von internetbasierten Konsultationen. Auch ermöglichen digitale Technologien und soziale Netzwerke den unkomplizierten Austausch mit Abgeordneten und Amtsträgern.